

# Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;  
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post  
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzelle oder deren Raum für Geisenheim  
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Kellamezeile 90 %. Bei mehrmaliger Aufnahme  
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 105.

Dienstag den 7. September 1920.

20. Jahrgang.

## Deutsche Arbeiter in Rußland.

In Nr. 358 der „Freiheit“ vom 31. August 1920 schreibt das Vorstandsmitglied der Unabhängigen Sozialdem. Partei, Wilhelm Pittmann, der an den Verhandlungen des 2. Kongresses der III. Internationale in Moskau teilgenommen hat, über die Lage der nach Rußland ausgewanderten deutschen Arbeiter folgendes:

Wer nicht hören will, muß fühlen. Wie oft ist nicht in Deutschland seit Jahr und Tag gewarnt worden, unter den jetzigen Verhältnissen nach Rußland auszuwandern. Alle solche Warnungen, mochten sie nun ausgehen von irgendwelchen Instanzen oder Organen unserer Partei oder von dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, wurden nicht beachtet, oder gar als Zeichen von Rußlandfeindschaft oder Unfähigkeit, das eigene Land zu vertreten, ausgegeben. Jetzt ist der erste Transport deutscher Arbeiter, die allen Warnungen zum Trotz nach Rußland ausgewandert sind, dort eingetroffen und ist nun auf das bitterste enttäuscht über die Verhältnisse, die er in Rußland vorfindet.

Der Zufall fügte es, daß unsere Delegation nach Moskau auf der Reise von Stettin nach Reval denselben Dampfer benutzte wie der Auswanderertransport. Er war veranlaßt von der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine in Leipzig und setzte sich zusammen aus Arbeitern aus Leipzig, Berlin und Hamburg. Es handelte sich insgesamt um etwa 70 Familien, die als Auswanderer in die nordrussischen Gouvernements Wolgda und Wjatka wollten, und um rund 120 Industriearbeiter für die Maschinenbauanstalt in Kolumna bei Moskau. Der Transport war sehr überfüllt zusammengepackt worden. Manche der Auswanderer erzählten, daß sie ihren Hausrat in ein, zwei Tagen hatten loslagern müssen, um nur noch mitkommen zu können. Die Pässe der Auswanderer waren nur bis Reval in Ordnung, eine Durchreiseerlaubnis durch Estland war nicht vorhanden. Als wir nach dreitägiger Seereise in Reval landeten, bemühten wir Abgeordnete uns deshalb, von der estländischen Regierung für die Auswanderer die Durchreiseerlaubnis zu erwirken. Zwei Tage lang verhandelten wir mit dem Außenminister, dem Innenminister, riefen den Ministerpräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung an und erreichten dann schließlich, daß der Transport über Sankt Petersburg—Narwa, dem estnischen Hafenort kurz vor der russischen Grenze, Estland passieren konnte. Wir selber fuhren von Reval aus durch Estland weiter.

Später erfuhren wir in Moskau, daß die für Wolgda-Wjatka bestimmten Ansiedlerfamilien vorläufig in Petersburg geblieben seien und daß sie höchstwahrscheinlich nicht in jene nördlichen unwirtlichen Gegenden, sondern wahrscheinlich in die Umgegend von Moskau kommen würden. Von den Industriearbeitern hörten wir, daß sie in Kolumna angekommen seien, daß sich aber sofort Differenzen mit ihnen ergeben hätten. Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, wo sie selber verwalten sollten, daß Wohnungen für sie vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei, und jetzt sei nichts von alledem wahr. Von den russischen Arbeitern seien sie sehr unfreundlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese in die Schützengräben geschickt werden könnten usw. Wegen ihrer Weigerung in der Fabrik, die nach ihrer Meinung völlig verfallen sei und in der die Arbeiter selber nichts zu bestimmen hätten, zu arbeiten, seien sie von der Fabrikverwaltung und von einem Vertreter der Sowjetregierung als „Konterrevolutionäre“ beschimpft worden.

Wir hatten ohnehin die Absicht, die Maschinenfabrik in Kolumna zu besichtigen und wurden durch diese Mittelungen natürlich in unserem Voratz bestärkt. Am Sonnabend, den 7. August, fuhren wir per Auto nach dem 110 Kilometer südlich Moskau am Zusammenfluß der Moskwa mit der Oka, die in die Wolga mündet, gelegenen, ca. 20.000 Einwohner zählenden Kolumna. Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17.000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lasse. Arbeitsplätze und Werkzeuge lagen vielfach defekt umher, Maschinen, die stillstanden, waren offensichtlich verrostet. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles langsam langsam gehe und schlecht funktioniere. Trotz dem sie unter den schlechten Ernährungs- und Arbeitsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe man von ihnen ebensoviel als fünf Russen. Die russischen Arbeiter gehen teils zwangsweise aus den Fabriken zur Arbeit gezwungen, teils können sie freiwillig, um das Anrecht auf einen Lohn zu bekommen, die

Lebensmittelration, die im Betriebe verabfolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten die Arbeit im Gegenteil zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangestellten. Nach einer halben Stunde stellten sich die russischen Arbeiter hin und drehten sich eine halbe oder eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und fingen dann allmählich wieder zu arbeiten an. So gehe das den ganzen Tag. Es fälle ihnen äußerst schwer, unter diesen Umständen zu bleiben, aber sie wollten versuchen, auszuhalten. Ein Teil ihrer Kollegen habe es abgelehnt, zu arbeiten und wolle zurück. Sehr erregt waren sie über die Beauftragten der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine, die sie unter falschen Angaben zur Auswanderung bestimmt hätten.

Ueber die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, die aus einem Eisler, einem Maler und einem Angestellten bestand, daß der Betriebsrat ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus fünf Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Er habe für Arbeiterentscheidung und Arbeiterdisziplin zu sorgen, die nötigen Arbeiter aus den Dörfern heranzuführen und Aufklärung und Agitation im Betriebe zu treiben. Gearbeitet werde von 8½ bis 1½ Uhr und von 3 bis 5½ Uhr. Die deutschen Arbeiter bekämen größere Rationen als die russischen, und zwar: 1½ Pfund Brot, ¼ Pfund Fleisch und ¼ Pfund Hirsegrütze täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pfund Grünzeug (Küben, Wurzeln usw.), Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver. Sie könnten selber kochen und baden. Die Einzelheiten sollten noch näher geregelt werden. Der Grundlohn für Angeleitete betrage 10 Rubel pro Stunde und steige für qualifizierte Arbeiter bis zu 15,75 Rubel; dazu werde vom 1. Juni ab ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Von einem Abgeordneten der Nichtarbeitenden wurden wir zu einer Versammlung dieser Gruppe eingeladen, die in einem größeren Wohnraum, in dem Holzbänke gestellt waren, stattfand. Als Wortführer der Unzufriedenen schilderte zunächst Genosse Fährich-Oberschöneweide die Lage. Er gab an, daß 80 Mann zurückwollten, 69 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U. S. P. D., 13 der R. P. D. und 6 der K. P. D., von 10 Parteiloosen seien 8 Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen. Sie seien betrogen und betrogen worden von den Auswanderungsagenten. Die russische Regierung verweigere jetzt die Rückreise. Die Lebensmittelsituation sei so, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. Hier müssen wir verhungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Säure. Die Unterkunft ist ebenfalls schlecht. Erst haben wir hier 4 Tage im Bahnhofs liegen müssen, ohne Decken, dann hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepackt sind, 8 Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeinde Notstandsarbeiten verrichten. Wir wollen aber zurück. Man hat uns als „Eindringlinge“ und „Konterrevolutionäre“ bezeichnet. Als ich gestern versuchte, auf dem Markt einige Nähnadeln zu 1 Rubel das Stück, die hier sonst 20—50 Rubel kosten, zu verkaufen, um Geld für Lebensmittel zu bekommen, wurde ich verhaftet und erst nach geraumer Zeit wieder freigelassen. Jetzt soll ein Protokoll aufgenommen sein, nach dem ich durch Spekulation 120.000 Rubel verdient hätte. Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, taugt zu nichts.

In ähnlicher Weise sprach dann Genosse Grimmer-Plauen. Er habe Haus und Hof mit Gärtner in Deutschland aufgegeben. Ihm sei gesagt worden, in Rußland brauche man kein Geld, er sei deshalb mit 8 Pfennigen nach Rußland gekommen, und nun zeige sich, daß man nirgends mehr Geld brauche als in Rußland, denn es fehle selbst die nötigsten Lebensmittel. Brot und Suppe sind nicht zu essen, dazu die heiße Temperatur, das sei nicht zu ertragen. Durch alle Strapazen seien sie so entkräftet, daß sie außerstande seien, produktiv zu arbeiten. Er habe 35 Jahre für den Sozialismus gearbeitet und sei ausgewandert, Rußland aufzubauen zu helfen und der Weltrevolution zu dienen. Aber der Hunger mache ihm das unmöglich.

Der nächste Redner, Genosse Hartmann-Samburg, wandte sich scharf gegen die Vertreter der Auswanderervereine und der Rätezeitung, durch die bei ihnen ganz falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in Rußland geweckt worden seien. Wir sollten in die Moskauer Gegend kommen, in eine Fabrik im Walde, die wir allein übernehmen sollten. Für unsere Familien würde gesorgt werden, bis sie auch hier seien. Die russischen Arbeiter trügen Lederanzüge, die Bourgeois gingen in Lumpen. Jetzt ist alles ganz anders. Ich war mit dabei, als wir in Moskau mit der Regierung verhandelten. Sie wußte nichts von einem Vertrag mit uns. Man hat uns versprochen, uns bis zur deutschen Grenze zu ernähren. Wir warten aber schon 14 Tage vergebens auf den Rücktransport. Die russische Regierung ist unfähig. Wir können es nicht verantworten, unsere Familien nachkommen zu lassen. Wir wollen zurück nach Deutschland.

Von den Mitgliedern unserer Delegation nahm ich dann zunächst das Wort und erklärte, daß wir bereits, als wir sie auf dem Dampfer getroffen, die Befürchtung gehabt hätten, daß sie schweren Enttäuschungen entgegengehen würden. Hätten sie auf unsere Partei und auf den russischen Vertreter in Berlin gehört, so wären ihnen die Enttäuschungen erspart geblieben. Aber es sei ja in der „Rätezeitung“ sogar eine Resolution veröffentlicht worden, in der Kopp's Abberufung aus Berlin gefordert worden sei, weil er sich gegen die Auswanderung nach Rußland ausgesprochen hatte. Dabei habe mir in Moskau gesagt, daß er gleichfalls stets vor der Auswanderung gewarnt habe und er habe auch jetzt noch schwere Bedenken. Die deutsche Arbeiter am Aufbau der russischen Industrie mitarbeiten könnten, müßten verschiedene Vorbedingungen geschaffen werden. Wie die russischen Arbeiter zu leben, sei für den deutschen Arbeiter ohne jeden Uebergang, auch normalerweise, unmöglich, besonders aber jetzt. Die dreijährige Blockade Deutschlands gegen Rußland, dann die Entente-Blockade, der Krieg und die Konterrevolution hätten Rußland in einen Zustand der Not veretzt, der von deutschen Arbeitern gar nicht ertragen werden könne, trotzdem sie im Kriege und nachher auch gehungert hätten. Die Landwirtschaft sei rückständig, läge darnieder, das Transportwesen ebenso. Dazu der fortgesetzte Kampf gegen die Konterrevolution und die Entente. Da mußte man auch in Deutschland wissen, wie schwer das russische Volk um seine nackte Existenz ringen müsse. Aber wenn wir das in Deutschland gesagt, habe man es uns nicht glauben wollen, auch nicht, daß große Teile der russischen Bauernschaft beim Wiederaufbau versagt haben, daß sie geistig nicht fähig sind, als selbsttätiger Faktor aufzutreten. So sei es dazu gekommen, daß in Rußland eine vollständige Diktatur bestehe. Wer beim Wiederaufbau Rußlands unter der Sowjetherrschaft mithelfen wolle, müsse sich in manches Ungewohnte schicken und sich mit Vielem abfinden, was ihm wider den Strich gehe. Von heute auf morgen sei eine Änderung der jetzigen schweren Lebensbedingungen in Rußland nicht möglich. Für deutsche Arbeiter seien die Existenzmöglichkeiten kaum eher gegeben, als nicht zwischen Rußland und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen und Vorkehrungen getroffen seien, daß den deutschen Arbeitern der Uebergang durch Nachlieferung von deutschen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln wenigstens für einige Monate erleichtert werde. Wir seien gern bereit, in Moskau für Erleichterungen bezüglich der Ernährung usw. einzutreten und für diejenigen, die zurückwollten, die Heimreise zu befürworten. Wer von ihnen die ersten schlimmen Enttäuschungen überwinden könne und über eine starke Körperkonstitution verfüge, möge versuchen, zu bleiben. Wenn ich vor 4 Wochen in einer Versammlung in Deutschland ihnen daselbe gesagt haben würde, dann hätten sie mich wohl kaum ausreden lassen. Jetzt hätten sie es am eigenen Leibe erfahren, wie recht wir mit unseren Warnungen vor einer Auswanderung nach Rußland unter den jetzigen Umständen hatten. Wir würden aber selbstverständlich für sie tun, was wir könnten, und auch in Deutschland ernst über die Sache reden.

Nach mir sprach Genosse Däumig, der erklärte, daß er meinen Ausführungen zustimme. Die Interessengemeinschaft habe Illusionen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Russen noch vor kurzem Selbstknechte, „zweibeinige Tiere“, gewesen und daß die Burenwirtschaft, der Weltkrieg und der Bürgerkrieg trostlose Zustände geschaffen hätten. Er verstehe die Klagen über die schlechte Ernährung usw. sehr wohl. Ein Deutscher könne das Brot, das etwa aussehe wie unser Torf, kaum essen, aber man müsse versuchen, sich in das Unermessliche zu schicken. Es dürfe nicht vergessen werden, daß es gelte, Pionierarbeit zu leisten für die Revolution und daß wir an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt ständen. Viele Anwesenden hätten sicher 4 Jahre Schützengrabensend für den Kapitalismus ertragen, da müßten sie auch Leiden für die Revolution ertragen.

Genosse Crispian verwies ebenfalls auf die Schwierigkeiten, unter denen Sowjetrußland kämpft, und die furchtbaren Leiden, die die Uebergangszeit zum Sozialismus dem Proletariat überall auferlegt. Wer körperlich und geistig stark und fähig dazu sei, müsse versuchen, auszuhalten. Die russischen Arbeiter bekämen ja selbst das noch nicht, was ihnen, den deutschen Arbeitern, jetzt gegeben werde, sie litten noch größeren Mangel. (Ruf: „Die bringen Lebensmittel aus den Dörfern mit.“) Crispian versprach ebenfalls, in Moskau für die deutschen Arbeiter einzutreten.

Der russische Genosse Marzoff, einer der Vertreter der Fabrik, hielt dann in russischer Sprache eine Rede, die bruchstückweise sofort übersetzt wurde. Sie zeigte, daß dem Redner die Verfassung der deutschen Arbeiter völlig fremd war und rief große Aufregung und Erbitterung hervor. Er suchte die Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter als unbegründet hinzustellen. Bezeichnete die jetzigen Verhältnisse in Rußland als besser gegenüber denen unter dem Bolschewismus und sagte weiter: „Noch lebt der russische Arbeiter unter furchtbaren Verhältnissen. Wenn Sie besser leben und eine Ausnahmestellung haben wollen, gibt es große Unzufriedenheit unter den Russen. Denken Sie nicht nur

an ihre eigenen Interessen. (Entrüstungsruufe.) Schauen Sie sich um, es gibt auch Gutes bei uns. Wir führen auf zwei Fronten Krieg, gegen Polen und gegen Brangel im Süden, einen Kampf auf Leben und Tod. Unsere besten Kräfte sind an die Front. Unsere besten Industriearbeiter sind dort. Polen ist schon geschlagen. Wenn wir gefeigt haben, wird sich auch hier alles ändern. In dieser schweren Zeit stellt kein Revolutionär Forderungen. Nur Konterrevolutionäre und Bürgerliche (Starke Erregung) und die die Revolution nicht verstehen wollen, oder können, wollen jetzt Vorrechte. Sie sollten uns helfen und Sie sitzen hier und arbeiten nicht. (Rufe: „Nicht in der Fabrik, aber arbeiten wollen wir.“) Die besten Genossen sind an der Front, hier arbeiten jetzt meist Landarbeiter. Sie arbeiten 12 Stunden und mancher bricht ohnmächtig an der Bank zusammen. (Rufe: „Sie müssen!“ „Sie werden mit dem Gewehr dazu gezwungen.“ „Sie werden sonst eingesperrt.“) Das ist nicht wahr. (Rufe: „Doch!“) Gewalt wird nur gegen diejenigen angewendet, die nicht arbeiten wollen. Ohne Arbeit kein Brot. Ich wundere mich, daß Sie nicht arbeiten wollen, daß Sie der Revolution nicht helfen wollen. (Rufe: „Wir sind doch Konterrevolutionäre!“) Was wollen Sie? Wollen Sie noch jeder einen Führer? (Der Ueberseher sagte abschließend „Führer“ statt „Kinderführer“, wie der Redner gesagt hatte.) Schütteln Sie endlich die bürgerlichen Vorurteile ab, arbeiten Sie mit uns Russen. (Gelächern und Rufe: „Gut, wir wollen mit.“)

Nun versuchte Genosse Stoeker noch beschwichtigend einzugreifen. Er suchte die Stimmung der deutschen Arbeiter zu erklären aus den ersten Enttäuschungen, der furchterlichen Hitze (in Moskau hatten wir an einem Tage 45 Grad Reaumur in der Sonne!) und ihrer geistigen Isolierung. Diese Psychose sei ein anormaler Zustand und werde wieder vergehen. („Dann sind wir verhungert!“) Wenn sie sehen würden, was in Russland geleistet wird, würden sie sagen: „Donnerwetter, wir müssen durchhalten.“

Es sprachen dann noch von den deutschen Arbeitern Ostbahr-Hamburg: („Wir haben nur den einen Wunsch: nach Hause!“) Baumgarten-Berlin: (Kriegsbeschädigter, tuberkulos, kann Strapazen nicht ertragen, will heim.) Fleischer-Berlin: („Wir sind nicht umzustimmen, wir wollen heim.“) Von unserer Delegation noch Crispian und ich: wir sagten ihnen nochmals zu, für sie zu tun, was in unseren Kräften stehe und verabschiedeten uns dann mit einem „Auf Wiedersehen in Deutschland“.

## Der Steuerkrieg zu Ende.

In Stuttgart ein Friedensschluß.

W. F. B. berichtet: Dank der energischen Haltung der württembergischen Regierung in der Durchführung des gesetzlichen Steuerabzuges ist ihr beim Generalstreik ein voller Erfolg beschieden. Sämtliche Forderungen, die die Regierung von Anfang an als feststehend bezeichnet hatte, sind in den letzten Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Anwesenheit der Regierung anerkannt worden. Diese Vereinbarung hatte folgendes Ergebnis:

1. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen alle das Arbeitsverhältnis regelnde Gesetze und Bestimmungen (Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch, Betriebsrätegesetz) sowie die jeweils bestehenden Tarife an. Vor der Wiedereinstellung hat jeder Arbeitnehmer eine Erklärung sowie sein Einverständnis mit dem gesetzlichen Steuerabzug unterzeichnet zu bezeugen.

2. Der durch die behördlichen Maßnahmen und den Generalstreik herbeigeführte Betriebsstillstand wird nicht der Durchführung von Betriebsbeschränkungen dienlich gemacht. Wo solche aus wirtschaftlichen Gründen nötig werden (wie bei Daimler), werden die Verhandlungen im gesetzlichen Rahmen weitergeführt.

3. Alle Streikenden oder von der Schließung der Betriebe betroffenen Arbeitnehmer werden wieder eingestellt mit Ausnahme derjenigen, welche sich schwerer Verfehlungen gegen die Ordnung des Betriebes oder die Strafgesetze haben zuschulden kommen lassen.

4. Die Wiedereingestellten treten in ihre alten Rechte ein.

5. Die Arbeitgeber erklären, eine Lohn- und Gehaltszahlung findet für Sperr- und Streiktag nicht statt. Die Arbeitnehmer erklären demgegenüber, daß sie sich vorbehalten, auf dem Wege über die ordentlichen Gerichte und durch den württembergischen Landtag die Frage der Entschädigungspflicht auszutragen.

6. Durch die Annahme dieser Vereinbarungen gilt der Generalstreik für beendet. Sobald die Regierung von der Annahme der Vereinbarung Kenntnis erhält, wird sie die Polizeiwache aus den besetzten Betrieben zurückziehen. Die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit beginnt am Montag, dem 6. September.

## Die Unruhen in Augsburg.

Die Vollversammlung der Betriebsräte in Augsburg, zu der auch die Parteileitung der M. S. P. und der U. S. P. eingeladen waren, hat in Augsburg für den Sonnabend, an dem die Opfer der Mittwochunruhen beerdigt werden, den Generalstreik beschlossen. Die christlich organisierten Arbeiter lehnen ihn dagegen ab. Die Forderung auf Schließung der Betriebe hat der Industrieverein Augsburg abgelehnt. Hinter Oberösterreich.

## Wrangel siegt.

Nach Frankreich bekommt Oberwasser.

Die Meldungen über den angeblichen Rückzug Wrangels nach bolschewistischen Siegen sind offensichtlich falsch. Wrangel beherrscht Südrussland, er rümpelt sich jetzt zur Einnahme von Odessa. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird aus Kopenhagen gemeldet:

Die russische Delegation hat von General Wrangel ein Telegramm erhalten, daß er die Halbinsel Taman besetzt habe; in der Gegend von Zelenokoskovo haben die Wrangelschen Truppen die roten Verbindungslinien zerstört, und sind bei der Vorbereitung der Besetzung von Odessa.

Frankreich sagt jetzt schärfer zu.

Die französische Regierung hat an den bolschewistischen Außenminister Tschitscherin folgendes von Milierand unterzeichnetes Ultimatum gerichtet:

„Die französischen Marinebehörden haben Vorbereitungen für die Heimsendung des letzten russischen Transportes aus Frankreich am 15. September und aus Algier am 26. desselben Monats getroffen. Alle Franzosen, die sich in Russland befinden, sind deshalb entweder nach der spanischen Grenze oder nach Dordogne zu befördern. Wenn ein einziger Franzose nach dem 30. September gegen seinen Willen in Russland zurückgehalten wird, so wird die französische Regierung Veranlassung nehmen, der französischen Flotte den Befehl zu geben, in Südrussland die Schritte zu tun, die als erforderlich erachtet werden.“

## Auch an der polnischen Front

liegen die Dinge für die Russen nicht günstig. Auch im Süden, gegen Galizien, wo sie anfänglich gegenüber der polnischen Offensive sich noch hielten, tritt jetzt ihr Rückschlag ein: „Times“ berichtet aus Warschau: Die gefährliche Lage für die Polen in Galizien ist seitig. Zwei polnische Armeekorps, die aus dem Lodzer Bezirk eingetroffen sind, haben die Lage wieder hergestellt und eine Gegenoffensive unternommen. Die Russen sind bis hinter Brody zurückgedrängt worden. Die in der Auflösung befindliche Armee Budennyj weicht auf das wolnische Festungsdreieck zurück.

## Polnisches, aus Polnisches.

Befähigung der polnischen Greuel.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, hatte ein Vertreter der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Wilhelm Remen, auf einer Reise nach Soldau Gelegenheit, sich von der Richtigkeit der Gerüchte über die dort verübten polnischen Greuel zu überzeugen. Seinem Berichte in der „Allenstein Zeitung“ zufolge bietet die Stadt Soldau einen trostlosen Anblick. Die Straßen der Stadt sind fast menschenleer, nur hier und da sieht man einen polnischen Soldaten. Die wenigen Zurückgebliebenen getrauen sich nicht, ihre Wohnungen zu verlassen. Die Wohnungen der gestrichelten Deutschen sind zum größten Teil ausgeplündert. Auf dem Soldauer Friedhofe fand Remen acht frische Gräber, in denen erschossene Deutsche liegen sollen. Zwischen Soldau und Koshinen sah er einen abgebrannten Gutshof. Der ihn begleitende polnische Offizier bemerkte wörtlich: „So ergreift es jedem verräterischen Deutschen.“

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Die Bildung von Bürgerwehren auf paritätischer Grundlage schreitet unter großen Schwierigkeiten langsam fort, einmal, weil Meldungen zu den Bürgerwehren spärlich eingehen, hauptsächlich aber, weil die polnischen Ortswehren, die sich die Polizeigewalt anmaßen, besonders in den östlichen Aufstandsgebieten die Bildung von Bürgerwehren überhaupt verhindern können. Die Entwaffnungsaktion schreitet ungleichmäßig fort. Die Polen haben den größten Teil der Waffen über die Grenze in Sicherheit gebracht.

In den östlichen Kreisen des Aufstandsgebietes ist die Verwaltungstätigkeit weiterhin empfindlich gestört. Die Tätigkeit der Gerichte, der Zoll- und Postämter ist in den Grenzbezirken fast vollkommen lahmgelegt. Die allgemeine Unsicherheit steigt von Tag zu Tag. Nachrichten über schwere Mißhandlungen, Plünderungen, Überfälle und Mordtaten laufen täglich ein. In Przelska, hart an der Grenze, wurden jetzt die Leichen von acht Personen ausgegraben, die am 20. August erschossen, in die Brinika geworfen und dann auf dem Cholerafriedhof in Przelska beigesetzt worden waren.

Auch in Baingow ist jetzt ein Grab mit sechs Leichen festgestellt worden, die anscheinend wie die Opfer von Josephthal ermordet worden sind.

Die Polen lehnen alles ab.

Die polnische Antwortnote auf die deutsche Note, die den Schutz gegen widerrechtliche Behandlung Deutscher in Polen und Pommerellen verlangt, ist verächtlich worden. Sie lehnt die deutschen Beschwerden formell dem ganzen Umfang nach ab. Die Note geht dann von der Abwehr zu Angriffen über und bekräftigt hauptsächlich über die angebliche Härte der Vorschriften für Ausländer in einigen deutschen Provinzen, speziell Ostpreußen, ferner über die angebliche Polen-jege in einem Teil der deutschen Presse.

Neue deutsche Note über Oberschlesien.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, hat der deutsche Botschafter Dr. Mayer im Auftrage der deutschen Regierung der Friedenskonferenz eine neue Note überreicht, der Bekundungen von 78 Augenzeugen über die oberösterreichischen Vorgänge beigelegt sind.

Nicht Millionen Schadenersatz in Kattowitz gefordert.

In der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung wurde vom Magistrat mitgeteilt, daß bisher acht Millionen an Schadenersatzforderungen eingereicht worden sind, zu deren Zahlung die Stadt auf Grund des Tumultschadengesetzes verpflichtet sei. — Natürlich gilt das Tumultschadengesetz nur, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

## Italien für Russland.

Die kommunistische Strömung in Italien.

Der Konflikt in der Metallindustrie verschärft sich. Auf das Gerücht, daß die Industriellen in Mailand eine Sperre der Fabriken beschließen hätten, sind auch die Metallarbeiter in Turin, etwa 40 000, zur Beteiligung der Fabriken geschritten.

Eine Anzahl technischer Leiter wurde von ihnen in den Fabriken zurückgehalten. Infolge dieser Vorgänge beschloß das Zentralkomitee des Verbandes der italienischen Eisen- und mechanischen Industriellen in Mailand, über alle Fabriken der Verbandmitglieder in Italien vom 2. September ab die Sperre zu verhängen.

Arbeitsminister Labriola bemühte sich bisher vergebens um Beilegung des Konfliktes. Die Verhandlungen wurden unterbrochen. Das Verbandskomitee der Industriellen forderte von der Regierung Schutz des Eigentums. Minister Labriola erklärte den Vertretern des katholischen Arbeiterverbandes, die die Umwandlung der Fabriken in Betriebe der Arbeitergenossenschaften befürworteten, es sei dies auch sein Programm.

In den letzten Tagen wurde in Bologna zwischen den extremistischen Gruppen ein Abkommen geschlossen für eine gemeinsame Aktion zugunsten der Durchführung des Programms Sowjetrusslands in Italien. Im Notfall würde das italienische Sekretariat zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nehmen. Die Vertreter der Sozialistischen Partei und des anarchistischen Bundes der Seeleute und Hafenarbeiter nahmen an der betreffenden Sitzung teil, die eine Einheitsfront herstellte.

Italienische Fabriken von Arbeitern enteignet.

Nach neueren Meldungen wurden alle Metallfabriken von den Arbeitern besetzt, die einzelne Ingenieure als Gefangene zurückhalten. Die Arbeiterbünde in Mailand beschloß, daß alle Betriebe, die mehr als zweihundert Arbeiter beschäftigen, von den Arbeitern besetzt werden sollen. Die Behörden verhalten sich bisher neutral.

Die sozialistischen Abgeordneten sind der Überzeugung, daß die revolutionäre Bewegung der Arbeiter keine Aussicht auf Erfolg hat. In dem Kriegsschiffen, Spezia wurden die Flakwerke von den Arbeitern besetzt. Die rote Flagge weht auf allen Gebäuden.

Auch in Rom wurden fünf große Fabriken besetzt und die Direktoren verhaftet. Die Großindustrie von Turin hat beschlossen, die Fabriken zu schließen und alle Arbeiter auszusperrern.

Die italienischen Pressevertreter in Paris erhielten die telefonische Nachricht, daß die Bewegung eintausend wirtschaftlichen und keinen politischen Charakter habe.

Die Regierung soll entschlossen sein, der Bewegung vorläufig abwartend gegenüber zu stehen und nicht einzugreifen, weil sie der Ansicht ist, daß die Arbeiter nach kurzer Zeit das Sinnwidrige ihres Beginns erkennen und daß dann wieder normale Verhältnisse eintreten werden.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. September 1920.

Demobilisierungsausschuß gegen Regierung. Der Berliner Demobilisierungsausschuß hat eine Verordnung erlassen, wonach Arbeitnehmer, die den Verdienst aus der Arbeit nicht nötig haben (also Rentner, Pensionäre usw.) auf Verlangen der Betriebsräte aus der Arbeit zu entlassen und durch Stellenlose zu ersetzen sind. Dieser Zwang zum Weggang wird von vollständiger Seite als ungerecht angesehen. Die Regierung hat am 1. September den Demobilisierungsausschuß unterstellt, eigene Bestimmungen zu erlassen. Da die von Berliner Demobilisierungsausschuß erlassene Verordnung noch nicht umzusetzen ist, am 28. August herausgegeben worden ist, der Erlass des Reichsministeriums des Innern aber vom 1. September datiert, ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin den Versuch unternommen hat, nach in letzter Stunde über den Kopf der vorgesetzten Behörde hinweg eine Verordnung durchzubringen. Eine Beteiligung irgendeiner Reichsstelle an der Verordnung der Berliner Lokalbehörde, die dem Oberpräsidium der Provinz Brandenburg unterstellt ist, liegt nicht vor.

Ueber die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus haben nun zwei Vorschläge ihren Weg aus der Sozialisierungskommission in die Öffentlichkeit gefunden. Davon verlangt der eine, der radikale, die sofortige Vollsozialisierung des Kohlenbergbaus durch die Enteignung der Grubenbesitzer unter Entschädigung in festverzinslichen Obligationen. Dieser Entwurf scheint jedoch angesichts der grauenhaften Finanzlage nicht die Mehrheit der Kommissionsmitglieder für sich zu haben, da verschiedene seiner Befürworter im Falle der Ablehnung für den zweiten Entwurf der allmählichen Sozialisierung, etwa erst in 30 Jahren, eintreten. Bei diesem zweiten System bleibt der Reichskohlenrat, an dessen Spitze ein besonderes Direktorium steht. Die gesamte Kohlenförderung wird dem Staate abgeliefert, der ein alleiniges Kohlen Großhandelsmonopol ausübt und die Verkaufspreise bestimmt. Der Staat setzt seinerseits die Entschädigung der Kohlenbesitzer fest. — Beide Vorschläge haben gemeinsam, daß sie ein Heer neuer Beamten erfordern.

Zivilberuflicher Unterricht in der Reichswehr. Der zivilberufliche Unterricht in der Reichswehr soll mit dem 1. Oktober 1920 beginnen. Es soll dabei auch auf die Schaffung neuer landwirtschaftlicher und gewerblicher Unterrichtseinrichtungen, insbesondere die Einrichtung von Werkstätten für den gewerblichen Unterricht, Bedacht genommen werden.

Im preussischen Ratschluß für das Volksschul-Lehrerdienstentlohnungsgesetz erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß das Finanzministerium zustimme, daß die Regierung volle drei Viertel der persönlichen Schullasten übernehme. Auch über die Art der Verteilung lasse es mit sich reden. Wert lege es aber darauf, daß die Beiträge des Staates sowohl in einem Anteil zu den Ausgaben für das Dienstentlohnung der Lehrpersonen, als auch in einem Besoldungsgeld zum Ausdruck kommen.

Das Verfahren in Sachen Kapp beim Reichsgericht scheint im Sande zu verlaufen. Die Meldung, daß das Reichsgericht das Verfahren gegen den Abbe. Traub eingestellt hat, bestätigt sich. Außer Berufung gesetzt sind auch der Rechtsanwalt Brederer, der Kapitänleutnant Vensch und der Unterstaatssekretär Freiherr von Falkenhäusen. Nur gegen Herrn von Jagow wird das Verfahren vom Reichsgericht einwillen noch fortgeführt, weil er nach dem Stande der Voruntersuchung noch als Führer bzw. Miturheber des Putsches verdächtig erscheint.

## Rundschau im Inlande.

Österreich: Vergewaltigung der Abstammung.

2. jugoslawische Mission verweigert einer Anzahl Vertretern der ausländischen Presse die Einreise ins kärntner Abstammungsgebiet, wo die deutsche Bevölkerung den Ärgernissen durch die jugoslawischen Behörden ausgesetzt ist. — Ganz wie bei uns.

## Locales und Provinzielles.

Geisenheim, 7. Sept. Die Wahl des Herrn Kreisobersekretärs Stahl zum Bürgermeister der Stadt Geisenheim wurde von der Regierung bestätigt. Die Einführung findet am Mittwoch den 15. September nachmittags 3 1/2 Uhr, durch einen Vertreter der Regierung statt.

**Seisenheim, 7. Sept.** Bei den gestrigen Ergänzungswahlen zu den kirchlichen Gemeindeorganen wurden gewählt zu Mitgliedern des Rath. Kirchenvorstandes die Herren: Johann Hefner, Hubert Dieb, Graf von Ingelheim, Wilhelm Häuser und zu Mitgliedern der Gemeindeverwaltung die Herren: Johann Engel, Johann Schulteis, Martin Klein, Josef Sengler II., Johann Hombach, Josef Häberstadt, Martin Jacobi, Johann Schädel, Johann Franz Gattcher, Franz Josef Weil, Friedrich Gutmann und Franz Höltscher.

**Seisenheim, 7. Sept.** Das Versorgungsamt Wiesbaden bittet uns, nachstehenden Artikel aufnehmen zu wollen: Mehr Rücksicht auf unsere Kriegsbeschädigten! Immer wieder werden Klagen der Kriegsbeschädigten laut, daß auf den Straßen, auf der Eisenbahn, Straßenbahn, in den Lokalen usw. so wenig Rücksicht auf sie genommen werde. Es muß bitter sein, wenn unseren Kriegsbeschädigten diese Empfindung sich immer wieder aufdrängt. Das allerorts angebrachte Plakat: „Nehmt Rücksicht auf unsere Kriegsbeschädigten“ ist recht gut gemeint, versteht aber bedauerlicher Weise in den meisten Fällen seine Wirkung. Nicht selten durch ungewandtes Benehmen, welches trotz guter Absicht den Kriegsbeschädigten in seinen Gefühlen zu verletzen geeignet ist. Der Unterjogene weiß natürlich, wie er sich tatvoll der Kriegsbeschädigten anzunehmen hat ohne ihre Gefühle zu verletzen. Es ist aber bezeichnend, daß gerade die jüngere Generation es in dieser Beziehung sehr an der nötigen Einsicht fehlen läßt. Sache der Verständnisvolleren müßte es sein, die jungen Leute durch einen sanften Zwang auf die gebührende Rücksichtnahme hinzuweisen. Es bietet sich unendlich viel Gelegenheit, den Kriegsbeschädigten ihr Schicksal durch verständnisvolles, aber dabei unauffälliges Entgegenkommen leichter tragen zu helfen. z. B. beim Befahren der Straßenbahn, im Theater, im vollbesetzten Kino, durch Freimachen eines Platzes usw. Der Kriegsbeschädigte, der sich mit Leib und Leben dem Vaterlande zur Verfügung stellte und oft noch an seinem Gut geschädigt worden ist, wird durch den gedankenlosen Egoismus unverständiger Mitmenschen bedrückt und fühlt sich beiseite geschoben. Gerade in der Rücksichtnahme auf unsere Kriegsbeschädigten liegt aber ein Teil der Dankeschuld, die wir alle ihnen und den Kriegsteilnehmern, die Jahr und Tag für uns gebietet haben, schuldig sind. Trage daher jeder an seiner Stelle und bei jeder sich bietenden Gelegenheit dazu bei, daß wir die Dankeschuld an die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer auch durch tatvolles Benehmen im Umgang mit ihnen zu tilgen uns bemühen, damit die Worte: „Des Vaterlandes Dank ist Euch gewiß“ nicht zu gedankeloser Phrase herabsinken. Wer so handelt, der handelt recht und handelt deutsch. (W. St.)

**Seisenheim, 7. Sept.** Mit Befriedigung kann der Turngau Süd-Nassau auf das gestern in Dieblich stattgefundene vollstündliche Wettkampfs zurückschauen. An dem Kampfsport beteiligten sich in der Oberstufe 45, in der Unterstufe 160 Turner und im Dreikampf 51 Turnerinnen. Von letzteren wurden 29 und von den ersteren 86 Sieger, welche alle mit dem Eichenkranz geschmückt die Turnstätte verließen. Nachstehend lassen wir einen Auszug der Siegerliste folgen. Es errangen in der Oberstufe den

1. Preis Aug. Burt, Tschift. Seisenheim 88 Punkte
2. „ Jakob Biffinger, Tschift. Seisenheim 86 „
3. „ Otto Wittlich, M.-L.-B. Wiesbaden 81 „
4. „ Adolf Wilhelm, L.-B. Wiesbaden 79 „
5. „ Hans Kemmle, L.-B. Dieblich 78 „

ferner wurden von der Seisenheimer Turnerschaft ausgezeichnet:

6. Preis Johann Stoll 77 Punkte
11. „ Otto Oswald 71 „

- in der Unterstufe:
1. Preis Ernst Gutmann, L.-B. Dieblich 91 Punkte
  2. „ Philipp Salbeiser, Tg. Erbach 88 „
  3. „ Paul Schmuck, Tg. Wiesbaden 85 „
  3. „ Otto Heeschen, L.-B. Dieblich 85 „
  4. „ Georg Biffinger, Tg. Eltville 84 „
  5. „ Karl Medel, Tschift. Seisenheim 81 „
  13. „ Jakob Simon, „ 71 „
  17. „ Anton Weber, „ 67 „
  18. „ Fritz Gutmann, „ 66 „
  20. „ Martin Kremer, „ 64 „
  22. „ Josef Wöhlisch, „ 61 „

Bei den Einzelwettkämpfen wurde Turner August Burt, Turnerschaft Seisenheim 1. Sieger im Kugelschößen (8,35 Meter), 2. Sieger Otto Wittlich, M.-L.-B. Wiesbaden (7,60 Meter).

**Seisenheim, 7. Sept.** Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstaltete am Sonntag in seinem Vereinslokale (Ehr. Ober) eine Kriegsgefangenen-Heimkehrfeier, die sich eines sehr guten Besuches aus allen Kreisen der Bevölkerung von hier und der Umgegend zu erfreuen hatte. Herr Studienrat Dr. Aht begrüßte mit herzlichsten Worten die heimgekehrten Gefangenen und die zu dieser Feier Erschienenen. Der Vorsitzende Herr Jos. Daniel gedachte in seiner Ansprache der Kameraden, denen es nicht vergönnt war, die Heimat wiederzusehen und die draußen der grünen Wälder. Zu ihrem Gedenken erheben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen, während die Musik das Volkslied „Nach der Heimat möcht ich wieder“ intoniert. Im Namen der heimgekehrten Gefangenen dankt Herr M. Stoll dem Reichsbund und dem Festauschuß für die hübsche Feier und die Mühen, die sie sich gemacht haben. Die ganze Feier nahm einen schönen kameradschaftlichen Verlauf. Gehoben wurde die Stimmung durch die vorzügliche Musik (Quintett) und gemeinschaftlich gesungene Lieder. Ein von Herrn Gärtner Martin Jemes gestifteter hübscher Blumenkorb kam zur Verlosung. Von Kamerad und Mitglied Herrn Grafen von Ingelheim war ein Telegramm zur Feier mit Grüßen und Willkommen eingelaufen. So verlief das Fest in schönster Harmonie. Die Kameraden trennten sich nach so schön verlaufenen Stunden mit dem Bewußtsein, daß die Ortsgruppe Seisenheim-Johannisberg weiter blühen, wachsen und gedeihen möge.

**Seisenheim, 7. Sept.** Einen Familienausflug, wie bisher schöner nicht gedacht werden konnte, unternahm am vergangenen Sonntag der Gesangsverein „Viederkranz“. In Stärke von nahezu 250 Teilnehmern begab sich der

Verein gemeinschaftlich mit den Mitgliedern und Angehörigen der „Musikvereinigung Seisenheim“ unter klingendem Spiel über die Hindenburgbrücke nach Gau-Algesheim. Auf dem Marsche dorthin herrschte schon „Stimmung“ und ließ ahnen, daß heute Freude und Frohsinn fast nicht gekannte Höhen erreichen würden! So fiel der Weg bei dem fast unerwünschten Wetter nicht schwer und kurz nach 3 Uhr war man am Ziel, wo in der Turnhalle „eingelebt“ wurde. Gesang, Humor und Tanz und nicht zuletzt der Wein brachten bald solch fröhliche Stimmung, wie man sie sonst nur in den seltensten Fällen findet und die auch bis zum Schlusse anhielt. In fidelester Verfassung wurde der mit brennenden Lampions spärlich erleuchtete Heimweg angetreten. So verlief alles in bester Ordnung und man trennte sich zu später Stunde mit dem Bewußtsein, wieder mal einen schönen Nachmittag verlebt zu haben, zu dessen Gelingen besonders die Kapelle der „Musikvereinigung“ ihr Bestes beigetragen hatte. Ihr gebührt hierfür besonderen Dank!

**Seisenheim, 4. Sept. (Theater und Kunst.)** Die Direktion der Wiesbaden-Mainzer Operettengastspiele Haas-Gräff wird am Samstag, den 11. September, abends 8 Uhr im „Deutschen Hause“ als Eröffnungsgastspiel der diesjährigen Spielsaison „Die Czardasfürstin“ geben. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Die Damen: Ida Haas, Mariechen Leininger und Frau Emma-Weger. Von den Herren: Herr Max Haas, Heinz Gräff, Julius-Calm-Deffre und Lothar Stein. Wie aus vorstehendem hervorgeht, sind auch diesmal wieder die Hauptrollen mit nur erstklassigen Kräften, die sich ja schon wiederholt in Seisenheim bewährt haben besetzt. Der einzige Neuling der Spielsaison ist Fräulein Leininger, die Nachfolgerin von Josef Hartmann. Dieser Künstlerin geht ein sehr guter Ruf voraus und soll sie ganzlich ihre Vorgängerin bei weitem übertreffen. Alles in allem verspricht es eine glänzende Vorstellung zu werden und ist es zu empfehlen, sich für Eintrittskarten rechtzeitig zu sorgen, da die „Czardasfürstin“ eine der größten Zugoperetten der heutigen Zeit ist.

**Seisenheim, 7. Sept.** Die Anträge, die der Verein durch seine Ausschussmitglieder Weingutsbesitzer Köglert-Eltoille und Haenlein-Hochheim beim Deutschen Weinbauverband gelegentlich des Kongresses, gemäß der Mittelheimer Ausschussführung, einbringen ließ, wurden fast unverändert dort angenommen. Betr. des Reblausgesetzes steht heute fest, daß dieses, den Winger in unverständiger Weise chikanierende Gesetz baldigst geändert wird und die Winger selbst bei der Beratung des neuen Gesetzes und seiner Durchführung mitwirken haben. Auch die Bestrebungen ländliche Fortbildungsschulen unter Berücksichtigung der Schädlingsbekämpfung, der Düngelehre im Weinbau, einzuführen, fanden lebhafteste Unterstützung des Gesamtverbandes und weitgehende Zusagen von Seiten der Regierungsvertreter. Besonders Beachtung fand der Antrag Haenlein wegen Hebung des Stellung der Weinfontrollen und Vermehrung derselben durch tüchtige Fachleute. Der Rheingauer Weinbauverein kann also auf seine Erfolge stolz sein. Nun gilt es, den Verein in jedem Orte von Gaud bis Wicker neu zu organisieren, möglichst viele Mitglieder zu sammeln, damit die in aller nächster Zeit stattfindende Hauptversammlung des Vereins eine glänzende Rundgebung des Rheingauer Weinbaues darstellt. Die Tagesordnung wird bald bekannt gemacht.

**Billigere Zuckerpresse in Aussicht?** In London soll eine amtliche Bekanntmachung über Herabsetzung des Zuckerprieses auf einen Schilling das Pfund veröffentlicht werden. Nach der „Daily Mail“ rührt diese Baisse davon her, daß die Vereinigten Staaten infolge falscher Einschätzung der Zuckerrübenerte in Mitteleuropa außergewöhnlich große Mengen aufgekauft hätten. — Man muß angesichts des „billigen Preises“ aber stets im Auge behalten, daß ein Schilling heute in deutschem Gelde immerhin circa 12 Mark ausmacht.

**Winkel, 5. Sept.** Unser Strahlenbild hat durch die Renovierung des „Zehnthofes“ eine außerordentliche Verschönerung erfahren. Die Fassade des großen, im Jahre 1591 erbauten Gebäudes, wurde in den letzten Monaten durch den derzeitigen Besitzer, Weingutsbesitzer Johs. Obliß vollständig und sachgemäß renoviert. Das reichgeschmückte Fachwerk ist noch gut erhalten und in dieser Ausdehnung heute eine Seltenheit. Das Gebäude ist nach der jetzt fertiggestellten Renovierung eine Sehenswürdigkeit, der in der Umgebung nichts ähnliches zur Seite gestellt werden kann.

## Aus Stadt und Land.

**Millionendiebstahl an der Vulkanwerst.** In der Freitag-Nacht drangen Einbrecher in den Kassenraum der Vulkanwerst ein, öffneten die beiden Kassenschränke mit Säuerstoffgebläse und erbeuteten 1 490 000 Mark. Von dem Geld bestehen 1 300 000 Mark aus Fünfzigmarkscheinen, der Rest aus Zwei- und Einmarkscheinen. — Die Vulkanwerst haben eine Belohnung von 10 000 Mark auf die Ergreifung der Täter und außerdem 10 Prozent der wiedererlangten Summe als Belohnung ausgesetzt.

**Die Ausfährungen in Augsburg.** Nach den endgültigen Feststellungen der Polizeibehörde haben die Unruhen im ganzen vier Tote gefordert. Ein Resultat über die angeblichen Schüsse aus den Fenstern einiger Häuser liegt noch nicht vor. Die diesbezüglichen Zeugenerkenntnisse dauern noch an. Die Unabhängigen haben, wie der „Volksbote“ mitteilt, die Betriebsräte aufgefordert, als Protest den Generalstreik zu proklamieren. Sollten sich die Betriebsräte die Forderung widersetzen, so werde die Partei als solche ihre Maßnahmen treffen. Von Seiten des Vollzugsrates der Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes wurde ein Aufruf herausgegeben, in dem die Arbeiter zur Ruhe und zur Fortsetzung der Arbeit ermahnt werden.

**Hoch leben die Konfusion.** Ein Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. erhielt den Auftrag, eine Klage gegen das Kommando der Sicherheitswehr in Kassel einzureichen. Dem Anwalt war aber nun unbekannt, welcher staatlichen Stelle er eine solche Klage zustellen habe. Er hat also telegraphisch den Reichsminister um Auskunft und — erhielt die Mitteilung, daß „man das selbst nicht wisse“.

**Das Gefändnis eines Bataillons-Kassensäubers.** In Wittenberg stand ein bei einem Diebstahl festgenommener Verbrecher, er habe bei Ausbruch der Revolution in Thorn eine Bataillonskasse mit 180 000 Mark geraubt und dort im Walde vergraben. Er wurde als ein Arbeiter Ferdinand Ostermann aus Berlin-Steglitz festgestellt, der wegen jenes Kassendiebstahls bereits längere Zeit in Untersuchung gewesen hatte, aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen worden war.

**Ehe tragödie in Berlin.** In Berlin hat der Hausverwalter und Privatdetektiv Ludwig Ohnstein seine Frau durch zwei Revolvergeschosse getötet und sich dann selbst das Leben genommen. Das Ehepaar Ohnstein lebte in den letzten Jahren in recht gespannten Verhältnissen. Trotzdem erwachsene Kinder vorhanden waren, sah sich die Frau genötigt, die eheliche Wohnung aufzugeben. Ohnstein wollte seine Frau wieder in das Haus zurückbringen und hatte sie zu einer Aussprache für Mittwoch abend nach der Wohnung bestellt. Frau Ohnstein ist auch gekommen. Es fand eine lange Auseinandersetzung statt, die aber den von Ohnstein gewünschten Erfolg nicht gehabt hat, worauf Ohnstein seine Frau erschoss und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet hat. Die erwachsene Tochter wollte Donnerstag abend in die Wohnung des Vaters kommen, als aber trotz wiederholten Läutens niemand erschien, und auch nach stundenlangem Warten sich der Vater zu der sonst gewohnten Zeit nicht sehen ließ, ging das junge Mädchen zur Polizei, die die Tür gewaltsam öffnete. Man fand dann die beiden Leichen, die von der Polizei beschlagnahmt sind.

**Auf der Spur der Platinräuber.** Ein Gold-Platin-Kessel im Werte von zwei Millionen Mark wurde vor einigen Tagen von einer sechs Mann starken Bande geraubt, die in Wodum im Kreis Arnshberg in die chemische Fabrik von Landberg-Welme einbrach und die Wächter festsetzte. Auf die Ermittlung der Bande und die Wiederbeschaffung ihrer Beute wurde eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt. Die Vermutung, daß die Bande versuchen würde, ihre wertvollen Beute bald zu Geld zu machen, hat sich bestätigt. Der Gold-Platin-Kessel ist zerhackt worden, und einzelne Teile sind bereits in Berlin zum Vorschein gekommen. Kriminalbeamte stellten fest, daß vier Männer bei Metallschmelzen und Metallcontoren Platin, das von dem gestohlenen Kessel herrührte, anboten und zum Teil auch verlangten. Diese Teile wurden entdeckt und beschlagnahmt. Die Räuber haben bisher nicht gefaßt werden können.

**Niesenbrände in Rußland.** Die Waldbrände in Rußland haben sich allmählich zu einer Katastrophe entwickelt. Das Feuer wütet in neun Gouvernements. Die alten Eisenbahnlinien sind an mehreren Stellen unterbrochen. Außer den Wäldern brennen Städte und Getreidelager. Die Sowjetregierung hat einen Aufruf erlassen, der besagt, daß Rußland von der schwersten Gefahr bedroht sei, daß tausende und aber tausende Bürger ihres Heims beraubt werden. Die für den Winter bestimmten Getreidevorräte wären verbrannt.

**Das Postflugzeug Amsterdam—Hamburg** ist auf dem Flugplatz von Oldenzaal teilweise vernichtet worden. Die Post wurde mit D-Zug nach Deutschland weitergesandt. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

**Notgeld als Aukerinnerungen.** Die Stadtverordneten von Bonn, der Geburtsstadt Beethovens, beschloßen, zur Erinnerung an Beethovens 150. Geburtstag städtisches Notgeld als Beethoven-Gedenkmünzen herauszugeben. Es sollen 200 000 Mk. 10 Pf.-Stücke und je 500 000 Mark 25 Pf.- und 50 Pf.-Stücke mit dem Beethoven-Kopf und den Jahreszahlen 1770 und 1920 geprägt werden. Die Stadt hofft offenbar, daß ein erheblicher Teil dieses Notgeldes von Sammlern erworben wird und nicht wieder eingeworfen zu werden braucht.

## Neueste Nachrichten.

**TU Berlin, 7. Sept.** Die Lieferung von fünftausend Milchbüben aus Amerika nach Deutschland wird dieser Tage vielleicht behördlich ermöglicht werden. — Aus dem Reichsernährungsministerium wird dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt, daß vor kurzem abgehaltene eingehende Beratungen die Frage soweit geklärt haben, daß nur noch die letzte Entscheidung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes aussteht; sie sei im Laufe der Woche zu erwarten.

**TU Berlin, 7. Sept.** Wie das „Berl. Tagebl.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat Rumänien den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

**TU Berlin, 7. Sept.** Eine Gruppe von in Berlin ansässigen Ägyptern hat, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, eine Rundgebung gegen die vom Foreign Office in London vorgeschlagenen Bedingungen für die Unabhängigkeits-Erklärung Ägyptens beschlossen. Die Bedingungen seien den nationalen Aspirationen Ägyptens zuwiderlaufend und demütigend. Das ägyptische Volk wird aufgefordert, im Kampf gegen England zu verharren, bis die ganze Freiheit Ägyptens und des Subangebotes für alle Zeiten gewährleistet ist.

**München, 7. Sept.** Das Reichsarbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf zur Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht in Deutschland zur Behebung der Notlage des Reiches und Erfüllung wirtschaftlicher Bedingungen vor.

**TU Rattowitz, 7. Sept.** Der englische Kreiskontrollleur in Beuthen, Major Otley, der infolge der politischen Entwicklung seinen Abschied eingereicht, aber noch nicht bewilligt erhalten hat, erklärte einem deutschen Vertreter gegenüber, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. Er hat hinzugefügt, daß seiner Ansicht nach die Abstimmung nicht stattfinden könne, bevor die Waffen nicht abgegeben sind. Unter diesen Umständen ist die Beforgnis der deutschen Bevölkerung dauernd im Steigen, zumal das Gerücht verbreitet wird, daß man in Paris mit der Absicht umgeht, die Volksabstimmung überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Nahrung findet das Gerücht in einer Mitteilung des „Dziennik Posenanski“, wonach in Paris schon die Frage aufgeworfen werde, ob es nicht richtiger wäre, Oberschlesien den Polen ohne Abstimmung zu geben.

## Bekanntmachung.

Das Reichsfinanzministerium hat bis auf weiteres folgende Erleichterungen im Steuerabzugsverfahren ein-  
treten lassen, die hiermit öffentlich bekanntgegeben werden:

1. Uebersteigt der abzugsfähige Teil des Arbeits-  
lohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Be-  
trag von 15 000 Mk., nicht aber den Betrag von  
30 000 Mk., so sind bis auf weiteres von dem  
Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umge-  
rechnet, den Betrag von 15 000 Mk. nicht über-  
steigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des  
Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.
  2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei:  
Besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über  
die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus  
geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt  
die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeits-  
monat mit 25 Tagen und das Arbeitsjahr zu 300  
Arbeitstagen.
- Die diesseitige Bekanntmachung über Steuerabzug  
vom Arbeitslohn vom 12. August 1920 (Amtl. Kreisbl.  
Nr. 99, 2) wird unter Ziffer 5e entsprechend geändert.  
Müdesheim, den 26. August 1920.

Finanzamt.

Wird veröffentlicht.

Geisenheim, den 6. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit  
Telegramm vom 30. August die Gültigkeit des § 1b der  
vorläufigen Bestimmungen zum Lohnabzug vom 28. Juli  
1920 über Freilassung von Durchschnittsbeträgen vom  
Steuerabzug bis Ende September 1920 verlängert.

Der § 1b lautet:

In Betrieben, in denen mehr als zwanzig Arbeit-  
nehmer ständig beschäftigt sind, kann der Arbeitgeber im  
Einkommen mit der Betriebsvertretung bis zum 30.  
September 1920 an Stelle der gemäß § 1 Abs. 1, 2  
und § 2 Abs. 3 freizulassenden Beträgen, die folgenden  
Durchschnittsbeträge vom Steuerabzuge freilassen:

1. bei allen in dem Betriebe ständig beschäftigten  
Arbeitnehmern, die nicht dauernd von ihrer Ehefrau  
getrennt leben oder zu deren Haushaltung minder-  
jährige Kinder zählen,  
a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach  
Tagen ein Betrag von 12 Mk. für den Tag,  
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes  
nach Wochen ein Betrag von 75 Mk. für die  
Woche,  
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes  
nach Monaten ein Betrag von 300 Mk. für  
den Monat;
2. bei allen übrigen in dem Betriebe ständig be-  
schäftigten Arbeitnehmern,  
a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach  
Tagen ein Betrag von 8 Mk. für den Tag,  
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach  
Wochen ein Betrag von 50 Mk. für die Woche,  
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach  
Monaten ein Betrag von 200 Mk. für den  
Monat.

Der zehnprozentige Abzug ist nur von dem Betrage  
vorzunehmen, um den der Arbeitslohn die im Absatz 1  
bezeichneten Durchschnittsbeträge übersteigt.

Müdesheim, den 1. September 1920.

Finanzamt.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 6. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die zurückgeführten Kriegsgefangenen, welche bis  
jetzt Anträge auf Gewährung der wirtschaftlichen Beihilfe  
noch nicht gestellt haben, werden darauf aufmerksam ge-  
macht, daß der letzte Termin zur Stellung dieser Anträge  
mit dem 1. Oktober 1920 abläuft. Später eingehende  
Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Geisenheim, den 6. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Freitag den 10. d. Mts., vormittags 11 Uhr,  
kommt der Ertrag von den

Kastanien- und Nußbäumen

auf der hohen Haide und an den Dreizehn auf dem  
Rathaus zur Versteigerung.

Geisenheim, den 7. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Trotz wiederholter Aufforderung haben eine größere  
Anzahl Besitzer und Pächter von Grundstücken es unter-  
lassen, ihre in der Feldgemietung befindlichen Feldwege  
in einen fahrbaren Zustand zu versetzen. Es ergeht hier-  
mit die letzte Aufforderung, bis Mittwoch den 8. d. Mts.  
die Arbeiten auszuführen, andernfalls dieselben auf Kosten  
der Eigentümer ausgeführt werden und Bestrafung er-  
folgen wird.

Geisenheim, den 4. September 1920.

Der Magistrat.

J. B. Buchholz, Beigeordneter.

## Wieshadener-Mainzer Operetten-Gastspiel

Direktion: Haas-Graef.

Samstag den 11. September, abends 8 Uhr  
im „Deutschen Haus“ zu Geisenheim

## Die Czardasfürstin

Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach.

Musik von Emmerich Kálmann. Regie: Direktor Max Haas.

Musikalische Leitung: Georg Zörgiebel.

### Eintrittspreise:

I. Platz (num.) Mk. 6.—. II. Platz (num.) Mk. 4.50. Galerie Mk. 3.50.

Vorverkauf: in Geisenheim in den Buchhandlungen P. Hillen und  
W. A. Ostern, Cigarrengeschäft Mart. Simon, Friseur  
Jean Reutershan, sowie eine Stunde vor Beginn an der  
Kasse.

## Bekanntmachung.

Von Mittwoch den 8. d. Mts. an kommt in den  
Kolonialwarenhandlungen

### Einnachzucker

zum Verkauf. Auf die Person entfallen 150 Gramm  
zum Preise von Mk. 7.30 das Pfund und wird Feld 15  
der Lebensmittelliste entwertet.

Vorlage der Karten zwecks Abtrennung der Bezugs-  
abschnitte am 7. d. Mts.

Um unser Lager zu räumen, kommt von jetzt an  
jeden Mittwoch vorm. von 8—12 Uhr und nachm. von  
2—5 Uhr die noch vorräthige

### Margarine

zum Preise von Mk. 5.— das Pfund zum Verkauf.  
Geisenheim, den 4. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Von Freitag den 10. d. Mts. an kommt in den  
Kolonialwarenhandlungen der

### Haushaltungszucker

für den Monat September zur Verteilung. Auf die  
Person entfallen 800 Gramm zum Preise von 1.75 Mk.  
das Pfund.

Die Abtrennung des Zuckers Bezugsabschnittes für  
den Monat September hat Mittwoch den 8. d. Mts. zu  
erfolgen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Abschnitte  
sowie leere Säcke für die Reste bis Donnerstag  
vormittags spätestens 10 Uhr im Wirtschaftsamt  
abzugeben.

Geisenheim, den 7. September 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Donnerstag den 9. d. Mts. gelangen die Fleisch-  
karten in folgender Reihenfolge zur Ausgabe. Für die  
Inhaber der Lebensmittellistennummern:

1—150 391—530 751—850 von 9—10 Uhr  
151—300 531—600 851—960 „ 10—11 „  
301—390 601—750 961—1034 „ 11—12 „

Die Karten sind mit Namen und Nummern zu  
versehen, da unvollständige Karten bei der Fleischausgabe  
zurückgewiesen werden.

Bei dem Empfang der Karten sind die alten  
Lebensmittellisten vorzulegen.

Geisenheim, den 7. September 1920.

Der Magistrat.

## Obst-Versteigerung.

Mittwoch den 8. September d. Js. vormittags  
10 1/2 Uhr, versteigere ich den

Ertrag von 13 Nußbäumen

im Ruhweg, in der Ackergrub und im Wöndpfad.  
Der Anfang wird im Ruhweg gemacht.

Hch. Hissenauer.

## Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

### Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln,  
Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt,  
Hausenblase, Gelatine, Spundeln, Spundklappen,  
Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtrier-  
material etc.

Den geehrten Bewohnern von  
Geisenheim und Umgegend die ergebene  
Mitteilung, daß ich in meinem Hause

## Römerberg 4

eine Obsthandlung betreibe.

Ich sichere meiner Kundschaft die  
Preise zu, die ihr in Wirklichkeit gehört.

Ich bitte daher ergebenst, jedes  
Quantum Obst bei mir anzuliefern.

Geisenheim, 5. Sept. 1920.

Hch. Kilian III.

Obsthandlung.

## Verzinkte Eimer

28 30 cm  
Mk. 19.— 20.—

G. F. Dilonzi

Telefon 134.

Wir empfehlen:

Ia. Nähr-Keks

Kasseler Hafer-Kakao

Kulches Kindermehl

Grünkernmehl

Quäker Oats

Maizena

Leberpasteten.

Geschw. Gietz

Lindenplatz 2, Telefon 208.

Empfehle billigt

alle Sorten Obst, be-  
sonders Tafelbirnen und  
Apfel, Koch- und Fallobst.

Neben allen einschlägigen

Gemüsen

empfehle frisch eingetroffen

Lachsbäcklinge und alle  
Fischarten.

Holländer und Edamer

Käse, Hand-Käse. Holl.

Margarine u. Fette, Eier.

Wöchentlich 2 Mal

frische Hefe.

Frau B. Rothhaupt

Mattstraße.

Intelligentes, gewecktes

## Fräulein

zur Erledigung kaufmänni-  
scher Arbeiten, insbesondere  
Telefonbedienung, von Fa-  
brik im Rheingau gesucht.  
Angebote unter Nr. 987  
befördert die Geschäftsstelle.

## Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstüben,

Wasserpflöcke,

Bretter u. Latten.

E. Dillmann.

## Rübsamen

zu verkaufen bei

Franz Küchert

Wintelerlandstr. 47.

## Futtertröge und Raulen

Frau P. J. Klein Wwe.

Steinheimerstr. 5.

Täglich

frische Wurst

Karl Rath, Gastwirt

Täglich

frische Wurst

Frau Bach, Wwe.

Blaubachstr. 15.